

Klartext

aus Berlin und Augsburg

2014/1

Abgeordnetenbrief
Ulrike Bahr



Foto: © Henning Schacht, 2013

ZUR SACHE

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

als Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend darf ich in der 18. Legislaturperiode in meinem „Wunschausschuss“ arbeiten. Nach der Weihnachtspause ist das Parlament endlich wieder in den Arbeitsmodus gewechselt. In der ersten Sitzungswoche im Neuen Jahr konstituierten sich auch die Arbeitsgruppen, in denen fraktionsintern die Themen der Ausschüsse aufbereitet und abgestimmt werden. Dabei wurden auch schon konkrete Zuständigkeiten verteilt.

Ich freue mich darauf, auch im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ mitarbeiten zu können. Augsburg hat in diesem Bereich eine vorbildliche Struktur aufgebaut, die mit der Verleihung des Deutschen Engagementpreises 2011 gewürdigt wurde. Viele gute Ideen können sicher auch für andere Kommunen nutzbar gemacht werden. Hier werde ich unmittelbar von meinen kommunalen Erfahrungen

profitieren.

Auch beim Thema „**Mehrgenerationenhäuser**“ kann ich auf viele praktische Beispiele in meinem Wahlkreis zurückgreifen. Ich bin davon überzeugt, dass die zahlreichen Aktivitäten, die von Mehrgenerationenhäusern angestoßen werden, ganz konkret Familien, Kindern und Jugendlichen, Senioren oder Menschen mit Handicap entlasten, zusammen bringen und nachhaltig zu einer Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes beitragen. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld für die Mehrgenerationenhäuser ist auch die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Auch und gerade für die Kinder neuer Zuwanderer soll eine „Willkommenskultur“ entstehen. Für eine nachhaltige, verstetigte Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser werde ich mich nachdrücklich einsetzen.

Ein weiteres zentrales Politikfeld meiner Ausschussarbeit soll die **Kinder- und Jugendhilfe** werden. Dazu habe ich bereits begonnen, das Gespräch mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zu suchen (s. Termin mit der KJF im Augsburg-Teil dieses

Newsletters). Fast 1,4 Mio junge Menschen in Deutschland haben keinen Berufsabschluss. Hier muss sich die Politik fragen, ob die Angebote der Jugendsozialarbeit ausreichen und alle erreichen, die Hilfe und Unterstützung benötigen.

Auch die weitere Implementierung der UN-Kinderrechtskonvention und ganz allgemein die **Stärkung von Kinderrechten** wird ein weiteres Thema im Ausschuss. Deutschland hat die Kinderrechtskonvention zwar unterzeichnet, aber noch nicht in allen Bereichen umgesetzt.

Schließlich will ich mich, auch als Stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss, noch den Fragen der **Pflege** widmen. Im Rahmen der Zuständigkeit unseres Ausschusses steht besonders die Neuordnung der Pflegeausbildung auf der Tagesordnung. Mit einer attraktiven und kostenfreien Ausbildung soll auch dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegengewirkt werden.

Ihre

AUS DER LANDESGRUPPE

Florian Pronold, bayerischer SPD-Vorsitzender, wechselte mit der Regierungsbildung als Parlamentarischer Staatssekretär zu Barbara Hendricks ins Bundesministerium für Umwelt und Bau. Er wird dort für Wohnungsbau zuständig sein. Bei den Koalitionsverhandlungen war er in der Verhandlungsgruppe für Verkehr und Bau.

Anette Kramme, Abgeordnete aus Bayreuth und erfahrene Arbeitsrechtlerin, geht als Parlamentarische Staatssekretärin zu Andrea Nahles ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Dort warten mit den Neuregelungen zu Rente und Mindestlohn große Aufgaben auf sie. Die Landesgruppe hofft weiterhin auf einen „kurzen Draht“!



DREI FÜR BAYERISCH-SCHWABEN

Bayerisch Schwaben ist im 18. Bundestag seit langem wieder mit drei Abgeordneten der SPD vertreten. **Gabriele Fograscher**, MdB seit 1994 für den Wahlkreis Donau-Ries und Mitglied des Innenausschusses, wurde in der letzten Sitzungswoche in die Parlamentarische Kontrollkommission gewählt.

Karl-Heinz Brunner aus Illertissen ist neu im Bundestag. Er sitzt künftig im Verteidigungsausschuss und durfte zum Bericht des Wehrbeauftragten am 15.01.14 schon seine erste Rede im Parlament halten.



AUS
Berlin

wird – aber bitte ohne Unterstellungen. Gerade aus Bulgarien und Rumänien kommen viele gut qualifizierte und motivierte Menschen zu uns. Zur Jahresmitte 2013 waren lediglich 0,6 Prozent der SGB II-Bezieher Rumänen und Bulgaren.

Die Freizügigkeit der EU-Bürgerinnen und Bürger ist eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Einigung. Solche wichtigen Meilensteine dürfen nicht durch plumpe Wahlkampfgetöse auf Spiel gesetzt werden. Daher bin ich froh, dass die Bundesregierung hier unmittelbar reagiert und einen Staatssekretärs-Ausschuss eingesetzt hat. Dieser wird sich sachlich mit dem Thema Zuwanderung auseinandersetzen. Ein weiteres positives Signal ist zudem die umgehende Reaktion der Bundesministerin Barbara Hendricks: Sie hat den Kommunen, die stark von Zuwanderung aus Südosteuropa betroffenen sind, zügige Unterstützung mit Mitteln aus dem Projekt „Soziale Stadt“ zugesagt.

FREIE WOHLFAHRTSPFLEGE

Am 16. Januar 2014 waren Vertreterinnen und Vertreter der Freien Wohlfahrts-

DEBATTE ZUR PISA-STUDIE

Der Studie zufolge lagen die Leistungen von Schülerinnen und Schülern in Deutschland erstmals in allen Testbereichen deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Deutschland gehört hat sich damit seit den ersten Pisa-Erhebungen kontinuierlich verbessert. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist geringer geworden.

In einer Debatte am 16. Januar 2014 beurteilte Hubertus Heil für die SPD-Fraktion diese Erfolge nüchtern. Der soziale Hintergrund unterscheidet immer noch zu stark über Bildungs- und Lebenschancen von Kindern. „Damit werden die Sozialdemokraten sich nicht abfinden“, so Heil. Deutschland müsse erst noch zu einer Bildungsrepublik werden, in der lebensbegleitendes Lernen zum Standard werde und Aufstieg durch Bildung für viele Menschen zum Erfolgsmodell werden könne. Pisa habe gezeigt, „dass Chancengleichheit und Leistungsstärke keine Gegensätze sind, sondern wechselseitige Bedingungen“, erklärte Heil. „Es geht um die Frage, ob das Leben offen ist“, sagte Heil. Daher sei Bildung nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Freiheit.

Fotos aus der Landesgruppe:
© Henning Schacht

„JA“ ZUR ZUWANDERUNG

„Wer betrügt, fliegt“ lautete die jüngste populistische Entgleisung der CSU zum Jahresauftakt. Erfreulicherweise kam hier im Gegenzug nicht nur Kritik aus den Reihen des Deutschen Bundestags, sondern auch seitens Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Kirchen. Die CSU bedient sich hier einmal mehr einer Schwarz-Weiß-Malerei, die der Realität nicht gerecht wird: Denn wir brauchen Zuwanderung.

Es ist allgemein bekannt, dass Deutschland sowohl als Industrie-Standort als auch im Sozial- und Gesundheitssystem auf qualifiziertes Fachpersonal angewiesen ist. Schon heute gibt es im Gesundheits- und Pflegebereich mehr freie Stellen als Arbeitslose. Gleiches gilt für den Bereich der Technik- und Naturwissenschaften. Deshalb ist es falsch, pauschal Ängste gegenüber Zuwanderern aus bestimmten Ländern zu schüren wie die CSU es mit Blick auf die Europawahlen versucht. Natürlich müssen wir darauf achten, dass unser Sozialsystem nicht ausgenutzt



pflege aus Bayern zu Gast im Deutschen Bundestag. Mit Sabine Dittmar und Martina Stamm-Fibich, beide Mitglieder im Gesundheitsausschuss, und mit mir sprachen die Gäste zahlreiche Themen aus dem Koalitionsvertrag an.

Zentrale Anliegen der Verbandsvertreter waren u.a. eine praxisnahe Definition von Pflegebedürftigkeit, eine baldige Regelung zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe, die finanzielle Sicherung der Ausbildung in der Pflege, aber auch die Sicherstellung der medizinischen Versorgung Pflegebedürftiger im ländlichen Raum.

Eine weitere Sorge der Verbandsvertreter galt der ausreichenden Finanzierung des neuen Bundesteilhabegesetzes.

BESUCH AUS AUGSBURG

Vom 13.-16. Januar 2014 war erstmalig eine Besuchergruppe aus Augsburg auf Einladung von Ulrike Bahr in Berlin. Auf der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt konnten 50 politisch Interessierte aller Altersstufen Einblicke in das politische Berlin und seine wechselvolle Geschichte erhalten. Die Gruppe wurde vom Leiter des Wahlkreisbüros, Robert Kratzsch, begleitet und hatte ein sehr abwechslungsreiches Programm.

Gleich nach der Ankunft ging es ins Willy--Brandt-Haus zu einer Führung und einer politischen Diskussion. Unter der Brandt-Statue konnten sich die Teilnehmer auf das politische Berlin einstimmen.



Am letzten Tag vor der Abfahrt konnte die Gruppe noch an einer Plenarsitzung im Bundestag teilnehmen. Dabei konnten die Teilnehmer einer lebhaften Debatte zur Bildungspolitik anlässlich der letzten PISA-Studie folgen (s. Artikel auf der vorherigen Seite). Dazu wurde im Anschluss auch mit "ihrer" Abgeordneten diskutiert. Zum Abschluss ging es noch für ein gemeinsames Foto auf die Reichstagskuppel. Nach dem Mittagessen ging es dann wieder mit dem Zug zurück nach Augsburg.

Die TeilnehmerInnen äußerten sich nach der Fahrt ganz überwiegend sehr zufrieden mit dem Ablauf, der Unterbringung und der Reiseleitung. Sogar das Essen hat den meisten meistens geschmeckt. Was will man mehr?



Am nächsten Tag gab es eine dreistündige Stadtrundfahrt mit zahlreichen Zwischenstopps, einen Besuch im Bundeskanzleramt und im "Tränenpalast" mit einer Ausstellung zum ehemaligen innerdeutschen Grenzübergang an der Friedrichstraße.

Der Mittwoch war den beiden deutschen Diktaturen gewidmet: vormittags ein Besuch im Anne-Frank-Zentrum und ein Rundgang durch das jüdische Berlin, nachmittags stand eine Zeitzeugenführung durch das ehemalige Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen auf dem Programm. Ein emotional fordernder Tag! Am Abend konnte Ulrike Bahr mit der Gruppe am Potsdamer Platz zu Abend essen.

Berlin Termine X

11.02.2014 | 20:00 Uhr

Abendessen der bayerischen Landesgruppe mit dem DB-Vorstand

18.02.2014 | 18:00 Uhr

Fraktionsabend zur Rentenpolitik

12.03.2014 | 19:00 Uhr

Empfang der SPD-Bundestagsfraktion zum Internationalen Frauentag

27.03.2014 | ganztägig

Girls' Day— Mädchen aus den Wahlkreisen zu Gast bei den Bundestagsabgeordneten

AKTION FRIEDENSHÄUSER

Stellvertretend für die Initiatoren der Augsburger Friedenshäuser, Monica und Werner Mayer (für mehr Informationen siehe: <http://www.das-friedenshaus.de>), hat Maria Gebhard auf der Berlin-Fahrt im Januar die Gelegenheit genutzt und mir eine Sonderkollektion der Friedenshäuser übergeben.

Das Friedenshaus, aus Holz geschnitten und einzeln individuell gestaltet, kann käuflich erworben werden. Der Reinerlös aus dem Verkauf fließt an ausgewählte Pro-

AUS
Augsburg



jekte, in denen sich Menschen auf ganz besondere Weise für den Frieden einsetzen. Auf der einen Seite der Häuser der übergebenden Sonderkollektion sind die Minister des neuen Bundeskabinetts abgebildet, auf der anderen Seite finden sich kreative Darstellungen, die auf das zugehörige Ministerium verweisen. Mit diesem kleinen Quiz möchten die Initiatoren die politische Bildung des Nachwuchses fördern. Das Quiz ist insbesondere für Unterrichtszwecke sehr gut geeignet. In den kommenden Wochen können die Häuser im Zeughaus begutachtet werden.

TOUR DE BAHR IM JANUAR 2014

Ein Bundestagsmandat in Berlin und zugleich Wahlkreisarbeit in Augsburg bringen es mit sich, als Pendler viel Zeit im Zug zu verbringen. Dabei ist es für mich nach der Wahl ein großes Anliegen, so oft wie möglich vor Ort mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ins Gespräch zu kommen. Nur wenn ich die Sorgen und Nöte von Bürgern und Verbänden vor Ort kenne und mich damit auseinandersetze, kann ich als Abgeordnete in Berlin für Ihre Anliegen eintreten. Mit mei-

ner „Tour de Bahr“ verfolge ich dieses Ziel und führe regelmäßig sehr abwechslungsreiche Vor-Ort-Termine durch.

BUNDESVERBAND DEUTSCHER MILCHVIEHHALTER E.V.

Wie steht es um die Milchviehhalter in unserer Region? Am Donnerstag, 23. Januar 2014, war ich auf Einladung des Bundesverbands zu Gast auf dem Hof von Alois Wagner in Großaitingen im Kreis Augsburg-Land.

Ein großes Problem für die Landwirte ist die Preisfindung auf dem Milchmarkt. Die seit langem deutlich zu niedrigen Abnahmepreise der Milch bedrohen viele Landwirte in



ihrer Existenz. Um zu überleben, zehren viele Höfe an ihrer unternehmerischen Substanz und verzichten auf notwendige Abschreibungen und Investitionen. Und auch um ihre soziale Sicherung ist es nicht gut bestellt.

DIÖZESANRAT DER KATHOLIKEN

Am 21. Januar traf ich Helmut Mangold, den Vorsitzenden des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Augsburg. Insgesamt vertritt diese Institution etwa 1,5 Mio. katholische Christen in der Diözese Augsburg, die bis an den südlichen Rand von Bayerisch-Schwaben reicht.

Der Diözesanrat nimmt regelmäßig zu aktuellen Themen in Kirche, Staat und Gesellschaft Stellung, setzt Impulse und sucht die Verbindung zu den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen. Als Vertreterin

der Region Augsburg in Berlin suche ich den Kontakt mit allen Gruppierungen. Deshalb habe ich mich über diese Einladung und das konstruktive Gespräch sehr gefreut.

KAB-GESPRÄCH

Am 20. Januar habe ich Vertreterinnen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung in der Weiten Gasse 5 in Augsburg besucht. Diözesanpräses Erwin Helmer unterstrich gleich zu Beginn des Gesprächs die kritische Haltung der KAB zu den aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft und Arbeitswelt. Unter dem Strich ein sehr informatives Gespräch und ein wichtiger Austausch.



Auf dem Foto (v.l.n.r.): Erwin Helmer; Lothar Roser; Ulrike Bahr, Peter Ziegler; Annemarie Leigart; Robert Kratzsch; Alfred Brendle

HERAUSFORDERUNGEN DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Zum Abschluss meiner Tour de Bahr im Januar habe ich am Freitag, 24. Januar, die Katholischen Jugendfürsorge besucht. Mit mehr als 3700 hauptamtlichen Mitarbeitern in 80 Einrichtungen und mehr als 75.000 Hilfesuchenden pro Jahr ist die KJF der größte Jugendhilfeträger in Schwaben.

Da die Kinder- und Jugendhilfe in Berlin zu meinen fachpolitischen Zuständigkeiten gehören wird, habe ich ganz besonders gut zugehört und zahlreiche Anliegen des Verbandes mitgenommen:

- Sozialdienstverhältnisse müssen nach Meinung der KJF nicht immer an den billigsten Anbieter gehen. Es ist durchaus EU-konform, nicht alles auszuschreiben. Die Qualität der Leistungen und auch die Situation der Beschäftigten, die nicht bei jedem Träger tariflich bezahlt werden,

sollen bei der Vergabe berücksichtigt werden.

- Für eine wirksame Eingliederungshilfe müssen Schnittstellen vor Ort stärker berücksichtigt werden.
- Gegen den Fachkräftemangel befürwortet die KJF die Stärkung der Dualen Ausbildung.

Die bundespolitischen Vorgaben des SGB VIII und das Zusammenwirken mit den Kommunen und den Trägern vor Ort werden mich weiterbeschäftigen. Darum freue ich mich, dass die KJF mir ihre Sicht der Dinge dargestellt hat.



Augsburg Termine X

03.02.2014 | 12:00 Uhr

Besuch beim Verbraucherservice des katholischen Frauenbundes mit Parl. Staatssekretär Ulrich Kelber, MdB, und OB-Kandidat Stefan Kiefer



05.02.2014 | ab 18:00 Uhr

Kneiptour durch Lechhausen – genaue Lokale und Zeiten auf der Webseite



25.02.2014 | 10:30 Uhr

Gespräch mit Attac Augsburg zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP mit den USA



26.02.2014 | 10:30 Uhr

Besuch bei Wildwasser e.V., Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen

